

2.2. Gebühren

- Banken holen sich in zunehmenden Maße zusätzliche Erträge über Gebühren
- Die Gebühren stiegen meist stärker als die Inflationsrate
- Teilweise werden auch kleine Gebühren erfunden, beispielsweise die neue Bankomatgebühr der Tiroler Raiffeisen Landesbank

2.2.1. Gebühren beim Gehaltskonto

Während die Auszahlung eines Barbetrags (**Barauszahlungsentgelt**) direkt am Schalter bei manchen Bankinstituten bzw. Kontomodellen kostenlos ist, kann dies bei anderen Kontomodellen bis 2,50 Euro kosten.

Die **Spesen für die Bareinzahlung** zugunsten eines **institutsfremden Kontos** sind im Zeitablauf kräftig gestiegen: Betrag der Mittelwert (Median) im 1/2005 2 Euro, ist dieser Wert auf 3 Euro angestiegen (1/2010). Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Preissteigerung von 8,45%. Diese Preiserhöhungen liegen weit über der allgemeinen Preisentwicklung (VPI).

Für die **Änderung bzw. vorzeitige Stornierung von Daueraufträgen** wird aber - je nach Bank und Art der Änderung (händisch in der Filiale) bis zu 3,00 Euro - in Rechnung gestellt. Von 56 untersuchten Kontoprodukten weisen 25 Kontoprodukte (und somit fast die Hälfte aller Produkte) Spesen zwischen 0,15 und 3 Euro auf. Bei 31 untersuchten Produkten gibt es keine Zusatzspesen.

Zu den teuersten Nebenspesen zählen die Kosten, die dem Kunden für die **Nichtdurchführung einer Lastschrift (mangels Kontodeckung)** verrechnet werden. Diese Nichtdurchführungsspesen sind im Zeitraum von 1/2005 bis 1/2010 durchschnittlich pro Jahr um 3,71% gestiegen.

Zeilengebühren für automatisierte Gutschriften sind zwar zumeist kostenlos (bzw. in der Kontoführungsgebühr pro Quartal inkludiert), aber im Zeitreihenvergleich zeigt sich, dass sich die Preisgrenzen ebenfalls nach oben verschoben haben: In 1/2005 betrug die von den 56 untersuchten Kontopaketen verrechnete Zeilengebühr (Gutschriften) maximal 50 Cent, während in 1/2010 bis zu (maximal) 1,50 Euro für die Gutschriftverrechnung anfallen können. Unter diesem Gesichtspunkt haben sich (auch) die Zeilengebühr – anhand der wichtigen Position Gutschriften am Konto – vervielfacht.

Trotz der Fülle an verschiedenen Varianten und den unterschiedlichsten Spesen zeigt sich, dass im Beobachtungszeitraum die Gesamtkosten – unabhängig vom Nutzerprofil – im Mittelwert konstant gestiegen sind.

2.2.2. Kreditgebühren

- Die von der AK erhobene (bei Krediten einmalig verrechnete) **Bearbeitungsgebühr** bei Konsumkrediten beträgt zwischen 0% und 4%, wobei die Verrechnung von keinen Bearbeitungsgebühren den Ausnahmefall darstellt. Die im Durchschnitt ermittelte Bearbeitungsgebühr beträgt zwischen 2 und 3% (was bei einem Kredit in der Höhe von 20.000 Euro bis 600 Euro ausmacht.)

- **Kontoführungsgebühren**

Medianwerte für Kreditkontospesen pro Quartal (auf Monatsbasis, 26 Banken)

Datum	Kontospesen / Quartal (Euro)	Wertsteigerung Kontospesen	VPI
Jänner/2005	6,55	--	--
Jänner/2006	7	6,9%	2,3%¹⁾
Jänner/2007	7	0%	1,5%
Jänner/2008	7,5	7,1%	2,2%
Jänner/2009	8	6,7%	3,2%
Jänner/2010	8,03	0,4%	0,5%

Fußnote 1): VPI für das Kalenderjahr 2005

Diese Zahlen zeigen, dass die Preissteigerungen beim Kreditkonto die jeweiligen Verbraucherpreisindices zum Teil erheblich übersteigen.

Fazit: Die Kontospesen für das Kreditkonto sind häufig wesentlich kräftiger gestiegen als die (allgemeinen) Verbraucherpreise (VPI). Die Kontospesen pro Quartal wuchsen jährlich im Durchschnitt um 4,2%, wenn man den Median (6,55 Euro) vom Jänner 2005 mit dem Medianwert (8,03 Euro) aus Jänner 2010 miteinander vergleicht.

- Der **Verzugszinssatz** – verrechnet bei Ratenverzug - liegt über die Jahre hinweg konstant bei 5%. Es gibt nur wenige Banken, die aktuell weniger als 5% verrechnen (zum Beispiel 3% Sparda Bank Linz, 4% Volksbank Ried/Innkreis).
- Die Spesen für die **1. Mahnung** stiegen im Beobachtungszeitraum von 10 Euro (Medianwert, 1/2005) auf 12 Euro (Medianwert, 1/2010). Das entspricht **einer jährlichen durchschnittlichen Preissteigerung von 3,7%**, wenn man den Basiswert von Jänner 2005 (Median: 10 Euro) mit dem Wert vom Jänner 2010 (Median: 12 Euro) vergleicht.

Auffallend ist auch bei diesen Spesen die große Bandbreite der Spesenhöhe: Es gibt einige Banken, die bei einer ersten Mahnung ohne Gebühren auskommen, während andere Banken dafür bis zu 26,50 Euro verrechnen.

Die durchschnittlichen Spesen für die **2. Mahnung** sind im Beobachtungszeitraum stärker gestiegen als die Spesen für die erste Mahnung: Denn die **durchschnittliche jährliche Preissteigerung von 5,3%**, wenn man den Basiswert von Jänner 2005 (Median: 19,5 Euro) mit dem Wert vom Jänner 2010 (Median: 25,25 Euro) vergleicht.

Nicht alle Banken versenden eine dritte Mahnung. In manchen Fällen gibt es statt der dritten Mahnung (bereits) die Androhung der Fälligkeit bzw. die Fälligkeit selbst. Die durchschnittlichen Spesen für die **3. Mahnung** sind im Beobachtungszeitraum moderat gestiegen: Die **durchschnittliche jährliche**

che Preissteigerung beträgt **0,58%**, wenn man den Basiswert von Jänner 2005 (Median: 29,54 Euro) mit dem Wert vom Jänner 2010 (Median: 30,40 Euro) vergleicht. Für Kunden, die ein drittes Mahnschreiben erhalten, kann es teuer werden: Die Höchstsätze für eine dritte Mahnung betragen 100 Euro.

2.2.3. Sparbuchgebühren

Spesen im Sparbereich, insbesondere die Sparbuch-Schließungsspesen haben sich im Beobachtungszeitraum wenig markant geändert:

- Es gibt zwar einerseits Banken, die die Schließungsspesen jährlich anpassen (z.B. Erste Bank).
- Es gibt einige wenige Banken, die die Schließungsspesen sprunghaft über dem Inflationssatz anpassen.
- Es gibt auch Banken, die auf die Schließungsspesen gänzlich verzichten.

Im Bereich der Sparcards oder sonstiger alternativer Sparformen können auch zusätzliche Spesen (Kontoführungsgebühr, Kartengebühr) verrechnet werden:

- Eine Kontoführungsgebühr pro Quartal in der Höhe von bis (maximal) 1,05 Euro
- Eine Kartengebühr (für die Sparkarte) von bis (maximal) 12,50 Euro pro Jahr
- Sonstige Zusatzspesen für Barbehebung am Schalter, zB 2,28 Euro.

2.2.4. Gebühren beim Wertpapierdepotgeschäft

Im Wertpapierdepotgeschäft sind die Spesen teilweise kräftig gestiegen:

Bank Austria

Vergleicht man die Spesen für den Depotübertrag an eine inländische Bank (exkl. Fremdkosten und USt.) sind die Spesen vom Jahr 2002 bis 2010 um 9,84% gesunken (EUR 1,43)

Im Gegensatz dazu sind die Kosten für ein Wertpapierverrechnungskonto pro Jahr im selben Zeitraum um 13,21% gestiegen (EUR 5,76)

Bawag/PSK

Die jährliche Mindestgebühr je Wertpapierdepot für eigene und fremde Emissionen (exkl. USt.) ist von 2002 bis 2010 um 13,28% gestiegen (EUR 2,39)

Erste Bank

Die Depotführungsspesen (exkl. USt.) für die Sammelverwahrung eigener und fremder Emissionen im Inland pro Jahr sind zwischen 2002 und 2010 um 10% gestiegen (0,02%).

RLB NÖ-Wien

Die jährliche Mindestgebühr je Wertpapierdepot für eigene und fremde Emissionen (exkl. USt.) ist von 2002 bis 2010 um 8,13% gestiegen (EUR 1,22)

VB Wien

Beim Kauf und Verkauf festverzinslicher Wertpapiere ist eine Preissteigerung von 96,9% festzustellen. Im Jahr 2002 wurden 25,40 Euro Mindestgebühr beim Kauf und Verkauf an der Börse Wien verrechnet, im Jahr 2010 bereits 50,00 Euro.

Die jährliche Mindestgebühr je Wertpapierposition für eigene und fremde Emissionen (exkl. USt.) ist von 2002 bis 2010 um das Doppelte gestiegen (EUR 2,50)

Die jährliche Mindestgebühr je Wertpapierdepot für eigene und fremde Emissionen (exkl. USt.) ist von 2002 bis 2010 um 103,3% gestiegen (EUR 12,70)

2.3 Fremdwährungskredite

Es gibt in Österreich rund 250.000 Fremdwährungskreditverträge, mit denen sich private Haushalte ihren Wohnraum finanzieren. Die Finanzkrise trifft viele Fremdwährungskreditnehmer ins Bein: Denn der Schweizer Franken, die Lieblingswährung der Fremdwährungskreditnehmer, hat seit dem Ausbruch der Finanzkrise kräftig aufgewertet und somit viele ins Schwitzen gebracht – in unerwarteter Art und Weise. Denn das Währungsrisiko wurde von Vermittlern kleingeredet, zumeist mit den Worten: „Der Franken ist eh stabil“. Fakt jedoch ist: Das Währungsrisiko ist schlagend geworden und fällt jenen auf den Kopf, die das Märchen vom „stabilen Franken“ geglaubt haben. Was derzeit passiert: Banken kontaktieren ihre Kunden, und machen sie auf die plötzlich unberechenbare Währung aufmerksam.

Die Lieblingsvariante der Vermittlerbranche ist der endfällige Fremdwährungskredit: Das bedeutet, dass die Kreditschuld, die zu Beginn (vom ausbezahlten Euro-Kreditbetrag) in Schweizer Franken umgerechnet wird, haftet bis Laufzeitende in voller Höhe aus („endfällig“).

Wer oder was soll den Kredit zurückbezahlen? Das die sogenannten Tilgungsträger, also Ansparprodukte, die die Profite erwirtschaften sollen, mit denen am Ende der volle Kredit zurückbezahlt wird. Die Vermittlerbranche freute sich über den sehr guten Vertrieb von Fondsparplänen, Lebensversicherungen und – vor allem in den letzten Jahren - fondgebundene Lebensversicherungen als derartige Rückzahlungsvehikel. Das Problem, vor denen die Kreditnehmer stehen: Die versprochenen Renditen („6% machen wir!“) sind nicht eingetroffen – und werden in vielen Fällen auch niemals eintreffen, im Gegenteil: Etliche Kreditnehmer stehen mit entwerteten Ansparprodukten da, die nicht in der Lage sind, die Kredite („endfällig“) abzudecken. Es drohen große Lücken zu Laufzeitende, was für die kreditgebenden Banken Anlass ist, ihre Kunden – mehr oder weniger dringend, aber häufig mit merklichen Druck - zur Nachversicherung anzuhalten. Die Fremdwährungskreditnehmer sind in eine Doppelmühle geraten – der Wechselkurs hebt derzeit die Kreditschuld, die kapitalmarktbasierenden Ansparprodukte hingegen knicken ein.

Die AK fordert, dass die Banken ihre Kunden, die weder diese Zocker-Kredite erfunden und auch das Wechselrisiko nicht kleingeredet haben, nicht im Regen stehen lassen dürfen. Zu einem fairen Umgang mit den Kreditnehmern gehört auch, dass offensichtliche Fälle von Fehlberatung nicht auf Kosten der Kreditnehmer gehen dürfen.